

Wahl in der Türkei 2023: Erdogan gegen Anti-Erdogan

Von Peter Helmes

Intellektueller trifft auf Populist

Recep Tayyip Erdogan strebt bei den kommenden Wahlen eine weitere Amtszeit als Präsident an. Sein Herausforderer, der Sozialdemokrat Kilicdaroglu, ist aus ganz anderem Holz geschnitzt. Kann er Erdogan schlagen?

Seit November 2002 ist in der Türkei die AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan an der Macht. Gestartet ist die Partei einst mit dem Versprechen, das Land zu demokratisieren. Doch 20 Jahre später ist davon nicht mehr viel übrig.

Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, kurz AKP, erzielte bei den Wahlen vom 3. November 2002 aus dem Stand die absolute Mehrheit im Parlament. Ihr Parteivorsitzender Recep Tayyip Erdogan am Wahlabend:

„Heute beginnt in der Türkei ein neues Zeitalter. Mit Gottes Hilfe schlagen wir eine neue, weiße Seite in der Geschichte des Landes auf. Wir werden die Verfassungsinstitutionen stärken, den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union beschleunigen und die Integration der Türkei in die Weltwirtschaft vorantreiben, und wir werden dabei den Lebensstil aller Bürger achten und respektieren.“

Rückblickend mögen diese Versprechen als blanker Hohn erscheinen. Doch damals waren die Hoffnungen in die AKP groß. Die AKP kam mit dem Versprechen an die Macht, daß sie das Land demokratisieren, die Menschenrechte achten und die Türkei in die Europäische Union führen sowie daß sie friedliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten schaffen und die Probleme des Landes lösen werde.

Die Hoffnungen und Sehnsüchte der meisten Menschen im Land erwachsen aus dem damaligen Zustand der Türkei, die finstere Jahrzehnte hinter sich hatte. Sie war geprägt vom grausamen Kurdenkrieg und staatlichen Terror im Südosten des Landes, grassierender Korruption, instabilen Koalitionsregierungen und der Vorherrschaft des Militärs, das seit dem Putsch von 1980 die Politik kontrollierte.

Die AKP war neu und unverbraucht. Erst im Jahr vor der Wahl war sie gegründet worden. Und sie bot dem Militär die Stirn – das machte ihre Anziehungskraft aus

Der Optimismus, den die AKP bei ihrem Amtsantritt erzeugte, war Ergebnis der verbreiteten Verdrossenheit über den damaligen Zustand des Staates. Viele Menschen hofften, daß die Partei die Türkei vor Korruption, Instabilität und der Vormundschaft des Militärs retten könne. Damals glaubte man noch, daß die Demokratie weltweit im Aufwind sei. Wenn die AKP den illiberalen Einfluß des Militärs eindämmen könne, so dachte man, dann würde der Pluralismus von selbst aufblühen. Damals verkörperte Erdogan alle Hoffnungen der Türkei. Er war ein selbstbewußter Politiker mit einem starken Wählermandat, und er hatte die richtigen Botschaften.

Bei den Parlamentswahlen von 2011 fuhr die AKP ein Rekordergebnis von fast 50 Prozent der Wählerstimmen ein. Nach einem Jahrzehnt, in dem es nur bergauf ging mit der Türkei, begann die AKP ihr zweites Jahrzehnt an der Macht mit einem nochmals gestärkten Mandat. Doch von nun an stand ihre Politik oft im Widerspruch zu den Wahlversprechen von 2002.

Heute sieht die Wirklichkeit anders aus, sie ist zurückgefallen in den Stand der 90er-Jahre, nur ist die Türkei noch autokratischer und repressiver geworden, und ihre Institutionen sind ausgehöhlt. Die Justiz ist kollabiert, das Bildungssystem ein Trümmerhaufen, die Wirtschaft ist am Boden, die Türkei hat Streit mit fast allen Nachbarstaaten. Die AKP hat seit einem Jahrzehnt jedes Interesse an Demokratisierung verloren, sie sperren sogar die Leute ins Gefängnis, von denen sie im ersten Jahrzehnt unterstützt worden sind. Die AKP fürchte den Machtverlust so sehr, daß sie alle früheren Ziele und Ideale dem Festhalten an der Macht unterordnet.

Erdogan ist es inzwischen weitgehend gelungen, sich das Militär, die Polizei, die Justiz und die Bürokratie, kurzum, den ganzen Staat, zu unterwerfen. Das war beim Amtsantritt der AKP nicht absehbar gewesen. Damals gab es eine breite gesellschaftliche Koalition, in der die unterschiedlichsten Kreise erstmals in der türkischen Geschichte zusammenkamen, um die AKP zu unterstützen. Die Wirtschaft unterstützte die AKP; die Liberalen unterstützten die AKP; die islamische Gülen-Bewegung unterstützte die AKP; die USA, die Europäische Union und viele Nachbarstaaten unterstützten die AKP. Sie alle hofften, daß die AKP die Türkei demokratisieren und damit stabilisieren werde. So fing das alles an vor 20 Jahren. Es gab damals so viel Hoffnung. Doch davon ist fast nichts mehr geblieben.

Mitverantwortung der EU

Auch die Europäische Union trägt eine Verantwortung für das Abgleiten der Türkei unter der AKP, darin sind sich die Experten einig. Dazu gehört vor allem die offene Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft durch Frankreich unter Nicolas Sarkozy, der von 2007 bis 2012 französischer Präsident war.

Die EU-Perspektive gab der AKP einen äußeren Anker. Solange die Perspektive der EU-Mitgliedschaft bestand, gab es einen gewissen demokratischen Schwung. Aber gegen Ende dieses ersten, hoffnungsvollen Jahrzehnts drehte sich der Wind aus Europa – als Nicolas Sarkozy in Frankreich an die Macht kam, das war der Wendepunkt. Damit war der EU-Anker weg.

Der Flüchtlingsdeal von 2016

Daß die EU-Vollmitgliedschaft unerreichbar war, haben alle gewußt. Sarkozy hat es nur offen ausgesprochen. Schuldig am Schicksal der Türkei unter der AKP-Herrschaft hat sich die EU besonders mit dem Flüchtlingsdeal von 2016 gemacht:

Danach nahm die Türkei die syrischen Flüchtlinge auf und bekam dafür finanzielle Hilfen der EU und die Zusage für Visa-Liberalisierungen, Modernisierung der Zollunion und so weiter, was ohnehin nie umgesetzt wurde. Aber der unausgesprochene Teil des Deals war, daß die Europäer fortan darüber hinwegsehen würden, was in der Türkei innenpolitisch geschah. Und von diesem Augenblick an schauten die Europäer und insbesondere Deutschland weg.

Mit dem Flüchtlingsabkommen habe Erdogan die EU an die Leine gelegt, sagen viele politische Beobachter. Die türkische Regierung setzte den Deal seither mehrfach als Druckmittel ein. Etwa als sie vor zweieinhalb Jahren einen Flüchtlingsansturm auf die griechische Grenze organisierte. Die Beziehungen zur EU wurden zu einem reinen Transaktions-Verhältnis:

Erdogan behält die Flüchtlinge und pfeift auf die EU-Mitgliedschaft, und die EU interessiert sich nicht mehr dafür, was in der Türkei passiert und ob sie demokratisch oder autoritär regiert wird.

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Wahl:

Am 14. Mai finden in der Türkei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Der Urnengang erfolgt damit nur drei Monate nach dem verheerenden Erdbeben, das allein in der Türkei mehr als 47.000 Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben und obdachlos gemacht hat. Der amtierende Präsident Recep Tayyip Erdogan tritt mit seiner islamisch-konservativen AKP im Bündnis mit der ultranationalistischen MHP und der kleinen nationalistisch-religiösen BBP an. Ein Großteil der Opposition hat sich zu einem Sechser-Bündnis formiert, das von der sozialdemokratischen CHP angeführt wird.

Hierzu die wichtigsten Fragen und Informationen

- Wie ist die Bilanz des türkischen Präsidenten Erdogan?
- Was sind die größten aktuellen Probleme der Türkei?
- Wer fordert Erdogan bei der Präsidentschaftswahl heraus?
- Wer ist Kemal Kilicdaroglu?
- Welche Chancen hat die Opposition bei der Wahl in der Türkei?
- Was passiert, wenn die Opposition die Wahl in der Türkei gewinnt?
- Wie ist die Bilanz des türkischen Präsidenten Erdogan?

Der amtierende Recep Tayyip Erdogan ist seit zwei Jahrzehnten in der Türkei an der Macht. Sein Regierungsstil hat im Laufe der Jahre zunehmend autoritäre Züge angenommen. Massenproteste gegen die Regierung im Sommer 2013 ließ er blutig niederschlagen, nach einem Putschversuch 2016 wurde der Ausnahmezustand verhängt. Zwei Jahre später folgte die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines Präsidentsystems, in dem der Staatspräsident durchregieren kann.

Türkei unter Erdogan: 20 Jahre AKP – vom demokratischen Aufbruch zur Autokratie

Seit November 2002 ist in der Türkei die AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan an der Macht. Gestartet ist sie einst mit dem Versprechen, das Land zu demokratisieren. Doch 20 Jahre später ist davon nicht mehr viel übrig.

Inzwischen hat Erdogan, 69, nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Verwaltung und den Staatsapparat in seine Hand gebracht, wichtige Posten mit Günstlingen besetzt. Auch ein Großteil der Medien des Landes ist unter seiner Kontrolle, außerdem die Justiz, das Militär und die Polizei. Widerspruch und Kritik werden unterdrückt. Erdogan ist ein Populist mit Hang zum Nationalismus und ohne viel Skrupel – wird aber zumindest von einem Teil der Bevölkerung noch immer als starker Mann betrachtet, der die Interessen der Türkei international mit Nachdruck vertritt.

Hoffnungen und Machterhalt

Betrachtet man die derzeitige politische Verfassung der Türkei, ist nur noch schwer nachvollziehbar, daß Erdogans Partei, die AKP, einst bei ihrem Wahlsieg 2002 große Hoffnungen auf demokratische Reformen, einen EU-Beitritt, friedliche Beziehungen zu den Nachbarländern und mehr Wohlstand weckte.

Das kam gut an in einem Land, das von einem grausamen Krieg gegen die Kurden, grassierender Korruption, instabilen Koalitionsregierungen und der Vorherrschaft des Militärs geprägt war. Doch im Laufe der Zeit kippten die guten Vorsätze ins Gegenteil, zentral für

Erdogans Denken wurde der eigene Machterhalt. Von den anfänglichen Errungenschaften – offizielle Beitrittsverhandlungen mit der EU, Friedensprozess im Kurdenkonflikt, drastische Steigerung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens – ist nicht viel übriggeblieben.

Was sind die aktuell größten Probleme der Türkei?

Momentan hat die Türkei vor allem mit den Folgen des verheerenden Erdbebens zu kämpfen. Nach Schätzungen der Europäischen Investitionsbank werden für den Wiederaufbau von zerstörten Gebäuden und der Infrastruktur mindestens hundert Milliarden Euro benötigt – Geld, das Ankara ohne fremde Hilfe kaum aufbringen kann. Das Land trauert um rund 47.000 Tote – nach Angaben der türkischen Regierung sahen sich bislang 3,3 Millionen Menschen gezwungen, das Erdbebengebiet zu verlassen.

Abstimmung über die Zukunft des Landes

Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat Fehler eingestanden. Nach dem Erdbeben im Südosten der Türkei kam Hilfe vielerorts zu spät. Die Opposition hofft nun auf einen Machtwechsel. Ob es bei der Wahl Mitte Mai dazu kommt, ist allerdings völlig offen.

Die Türkei befand sich schon vor dem Beben in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Ein Grund dafür ist die massive Inflation, die das Leben immer weiter verteuert. Laut Angaben der staatliche Statistikbehörde TÜİK lag die Inflationsrate im Februar bei 55,1 Prozent. Unabhängige Wirtschaftsforscher sehen die Realinflation gar bei über 120 Prozent. Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit, viele junge Menschen sehen keine Perspektiven für sich. Daneben beherbergt die Türkei so viele Flüchtlinge wie kein anderes Land der Welt. Aktuell leben dort nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 3,6 Millionen Vertriebene des syrischen Bürgerkriegs sowie knapp 320.000 Schutzsuchende aus anderen Ländern, hauptsächlich aus Afghanistan und dem Irak.

Wer fordert Erdogan bei der Präsidentschaftswahl heraus?

Ein Oppositionsbündnis aus sechs Parteien fordert Erdogan bei den Wahlen heraus. Dieses hat sich auf einen Herausforderer geeinigt: Kemal Kilicdaroglu. Der zurückhaltende Intellektuelle ist Vorsitzender der größten türkischen Oppositionspartei, der sozialdemokratischen CHP. Neben der CHP und der nationalkonservativen Iyi-Partei gehören vier kleinere Parteien zum Sechser-Bündnis, darunter auch die Gelecek Partisi (Zukunftspartei) des ehemaligen Weggefährten Erdogans und Ex-Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu.

Bündnis von sechs Parteien gegen Erdogan

Kilicdaroglu gilt als guter Vermittler mit diplomatischem Geschick – zugleich aber auch als schlechter Wahlkämpfer. Dieser Umstand hätte fast zum Bruch des Oppositionsbündnisses geführt: Die Chefin der Iyi-Partei, Meral Aksener, kündigte vor kurzem plötzlich und überraschend die Zusammenarbeit auf. Aksener hätte lieber andere CHP-Politiker, wie den beliebten Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu oder den Bürgermeister von Ankara, Mansur Yavas, als Herausforderer gesehen. Doch dann ruderte sie wieder zurück und die Opposition einigte sich schließlich auf einen Kompromiß: Die beiden Bürgermeister sollen bei einem Wahlerfolg Vizepräsidenten werden.

Wer ist Kemal Kilicdaroglu?

Der Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu ist ein Gegenbild zu Erdogan: hier der bedächtige Intellektuelle mit randloser Brille, dort der polternde und beständig austeilende Populist. Kilicdaroglu steht an der Spitze der sozialdemokratischen CHP – der Partei von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk. Unter Kilicdaroglus Führung hat sich die einst streng säkulare Volkspartei auch konservativen Kreisen und den marginalisierten Kurden geöffnet.

Der studierte Ökonom, der lange Jahre die türkische Sozialversicherungsbehörde leitete, sieht sich selbst als „stille Kraft“. Auch von der Statur her eher zierlich, brauchte Kilicdaroglu einige Zeit, den richtigen Ton in seinen Reden zu finden, die viele als nicht entschlossen genug empfanden. Kritiker sagen, daß ihm schlicht Charisma fehlt. Doch im Laufe der Jahre gelang es dem Oppositionspolitiker nach und nach, sich in der öffentlichen Debatte Gehör zu verschaffen.

Im repressiven Klima nach dem Putschversuch 2016 unternahm Kilicdaroglu 2017 einen 420 Kilometer langen Marsch von Ankara nach Istanbul, um gegen die Inhaftierung eines CHP-Abgeordneten zu protestieren. 2019 eroberte die CHP die Bürgermeisterämter in mehreren Großstädten, darunter Istanbul und Ankara, und beendete dort die jahrelange Herrschaft von Erdogans AKP.

„Dies ist mein Kampf für eure Rechte“

Gestärkt durch diese Siege, verschärfte der Erdogan-Herausforderer den Ton. „Dies ist mein Kampf für eure Rechte. Die Reichen sind reicher geworden und die Armen ärmer“, sagte er 2022 – und zeigte sich dabei in seiner dunklen Wohnung. Dort war der Strom abgestellt worden, weil Kilicdaroglu aus Protest gegen die stark gestiegenen Tarife seine Rechnung nicht bezahlt hatte. Auch ein Auftritt beim türkischen Statistikamt, dem er vorwirft, die Inflationszahlen zu schönen, oder seine Kritik an Unternehmern, sich durch ihre Nähe zur Macht zu bereichern versuchen, trugen zu seinem Image als redlicher Politiker bei.

Offen ist, ob er damit gegen den Populismus Erdogans ankommt. Kilicdaroglu, 74, stammt aus der historisch rebellischen Provinz Dersim (heute Tunceli), in der hauptsächlich Kurden und Aleviten leben. Auch er selbst gehört der islamischen Glaubensrichtung der Aleviten an. Einige politische Beobachter sehen in seiner Herkunft einen Nachteil, was die Wahl angeht, andere einen Vorteil – könnte er doch deswegen Zugang zu kurdischen Wählerinnen und Wählern finden. Bei einem Wahlsieg wäre Kilicdaroglu der erste alevitische Präsident der Türkei.

Welche Chancen hat die Opposition bei der Wahl in der Türkei?

Im Vergleich mit früheren Wahlen hat die Opposition dieses Mal sehr gute Chancen, Erdogan zu besiegen. Wegen der hohen Lebenshaltungskosten im Land und einem schlechten Management der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen nach dem Erdbeben hat Erdogan mit sinkenden Zustimmungswerten zu kämpfen. Auch Korruptionsvorwürfe machen ihm zu schaffen.

Umfragen zufolge ist das Rennen zwischen AKP und der ultranationalistischen MHP auf der einen Seite und dem Oppositionsbündnis auf der anderen offen. Erdogan selbst spricht von einer „Schicksalswahl“.

Das Zünglein an der Waage könnte die pro-kurdische HDP spielen, die zehn bis 15 Prozent der Wähler hinter sich vereinen kann. Sie hat bereits angekündigt, Oppositionsführer Kilicdaroglu unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen, und verzichtet darauf, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, was das Oppositionsbündnis stärkt.

Was passiert, wenn die Opposition die Wahl in der Türkei gewinnt?

Das Ziel des Oppositionsbündnisses ist es, das Land wieder in eine parlamentarische Demokratie zu überführen und das Präsidialsystem abzuschaffen. Es hat sich mehr Demokratie, mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben. Der türkische Politikwissenschaftler Cengiz Aktar warnt allerdings vor zu vielen Hoffnungen auf einen

Machtwechsel. Besonders die Beteiligung von nationalistischen Kräften am Oppositionsbündnis sei ein Risiko, betont er.

Beobachter haben zudem Zweifel, ob die Wahlen frei und fair von statten gehen werden, und ob Erdogan eine mögliche Niederlage überhaupt anerkennt. Sollte er die Wahl verlieren, drohen ihm und seiner Familie vermutlich Anklagen wegen Korruption. „Dieses Regime wird alles daransetzen, die Wahlen zu gewinnen. Und selbst wenn es verlieren sollte, wird es die Macht nicht friedlich übergeben – an welche Nachfolger auch immer“, sagt Aktar.

Martin Erdmann, 2015-2020 deutscher Botschafter in der Türkei, erklärte zur Wahl: „Kilicdaroglu ist ein integrierter und kompetenter Politiker“

Erdogan könne es sich gar nicht leisten, das Amt abzugeben, meint auch der Politikwissenschaftler Dimitar Bechev, der in Oxford lehrt: *„Wenn er geht, gibt es für ihn zwei Optionen: Exil oder Gefängnis. Für ihn steht also alles auf dem Spiel, und er wird versuchen, an der Macht festzuhalten, gleich was passiert und was es kostet.“*

Auf längere Sicht werde es für die AKP aber schwer, an der Macht zu bleiben, ergänzte Bechev. Denn Erdogan habe keinen Nachfolger. Seine Herrschaft beruhe auf einem personalisierten System.

Die türkische Zivilgesellschaft gibt nicht auf

Für die Zukunft ist Bechev deshalb optimistisch und verweist auf die kommunalen Wahlsiege der türkischen Opposition in den größten Städten des Landes vor drei Jahren: „Wir haben in den letzten Jahren viel Widerstandskraft gesehen.“ Die türkische Zivilgesellschaft habe trotz aller Repressionen nicht aufgegeben: „Und sie hat eine Opposition, die das Spiel inzwischen auch gelernt hat.“

Der amerikanische Türkei-Experte Nicholas Danforth ist in seiner Einschätzung hingegen deutlich weniger optimistisch: Der Weg zurück zur Demokratie werde weit sein, betont er. Selbst im besten Fall, der Ablösung Erdogans, werde das vom Präsidenten erzeugte „ultra-nationalistische und antiwestliche“ Klima das Land weiterhin plagen. Auf längere Sicht werde sich die AKP aber schwer tun, an der Macht zu bleiben. Denn für Erdogan gebe es keinen Nachfolger. Seine Herrschaft beruhe auf einem personalisierten System, das total auf ihn zugeschnitten ist. Selbst wenn die AKP nächstes Jahr abgewählt werden sollte: Alle Institutionen sind „ausgehöhlt“, die Ämter und Posten seit zwei Jahrzehnten von AKP-Gefolgsleuten besetzt.

Es wird lange dauern, bis Leistung und Verdienste wieder zählen, bis Justiz und Bürokratie wieder mit kompetentem Personal besetzt werden können. Selbst wenn Erdogan die Macht verliert, wird es ungeheuer viel Zeit, Energie und Arbeit kosten, den Schaden zu beheben, den er dem Land zugefügt hat.

Und Erdogan wird bis zum Schluß um sein Amt kämpfen; denn er kann es sich nicht leisten, das Amt abzugeben. Denn wenn er geht, gibt es für ihn zwei Optionen: Exil oder Gefängnis. Für ihn steht also alles auf dem Spiel.

Quellen: u.a. Dlf, Güsten, Gunnar Köhne, AFP, dpa, ahe

29.03.2023